Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1994)

Heft: 2

Artikel: Wolf im Schafspelz

Autor: Marty, Kurt

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-586266

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wolf im Schafspelz

Risikoprojekte stossen immer öfter auf politischen Widerstand und bereiten den Behörden und Projektanten Vollzugs- und Akzeptanzprobleme. Deshalb bieten diese neuerdings vertraulich die Hand zum Risikodialog. Für die Umweltorganisationen ist die Teilnahme jedoch an Bedingungen geknüpft, welche an ihre Fundamente gehen. Grundsätzliche Fragen bleiben ausgeblendet und die Öffentlichkeitsarbeit wird eingeschränkt.

Von Kurt Marty

Der Soziologe Ortwin Renn unterscheidet zwei Verfahren des Risikodialoges; die Mediation und den kooperativen Diskurs.[1] Beide sollen die Defizite der bisherigen Entscheidungsverfahren beheben, welche einerseits unfair über die Betroffenen hinweggingen (Vernehmlassung, Verordnung) oder sich andererseits als inkompetent erwiesen (Volksabstimmungen, Bürgerbewegungen). An einer Mediation beteiligen sich die Interessengruppen unter der Leitung eines neutralen Mediators. Dieses Modell ähnelt der Vernehmlassung, hat aber den Vorteil, dass auch spontane, lokale Organisationen berücksichtigt werden. Laut Renn liegt der Nachteil darin, dass die Interessengruppen in ihren Positionen zum voraus festgelegt sind.

Dies ist wesentlich anders beim kooperativen Diskurs, an dem die TeilnehmerInnen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden. Auf ihre Offenheit und Lernbereitschaft können Behörden und Projektanten zählen. Der kooperative Diskurs ist fair, weil er die Meinung der Betroffenen ins Verfahren einbindet. Die wissenschaftliche Kompetenz wird den Laien von Experten vermittelt. Der kooperative Diskurs läuft in drei Phasen ab. Zuerst sollen die TeilnehmerInnen ihre Werte (z.B. Gesundheit) aufdekken. Dann übersetzen die ExpertInnen die Werte in wissenschaftlich messbare Fragen (Wasserverseuchung, Luftbelastung, etc.). Am Schluss nehmen die Laienexperten eine Projektbewertung vor. Sie verpflichten sich im voraus, die Entscheidung der gesamten Laienkommission zu akzeptieren. Von Seiten der Betroffenen steht dann der Projektrealisierung nichts mehr im Wege. Nach dem Modell der Mediation sind die Konfliktlösungsgruppen von Energie 2000 gestaltet. Ein kooperativer Diskurs fand in der Schweiz bisher nur einmal statt, als es um die Akzeptanz einer Mülldeponie im Kanton Aargau ging. Wie in den USA und in Deutschland droht der Risikodialog auch in der Schweiz zu einem Renner zu werden. Vier wesentliche Pfeiler der Umweltorganisationen werden dadurch in Frage gestellt: die Lebenswelt, die Öffentlichkeit, die Ursachenfrage und die direkte Demokratie.

Experten manipulieren Lebenswelt

Als philosophischer Vordenker des Risikodialoges gilt Jürgen Habermas. Er wird an seinen Schülern gar keine Freude haben. Diese tun nämlich genau das, was die Krise der kapitalistischen Moderne erst heraufbeschworen hat; sie reiten einen weiteren Angriff der Expertenkultur auf die Lebenswelt.[2] Mit Lebenswelt ist ein Lebensstil angesprochen, der sich nicht auf Zahlen und Tabellen, auf Macht und Geld reduzieren lässt, sondern die immateriellen Werte des Wohlbefindens, der Emanzipation und der Solidarität bevorzugt. Renns Soziologie hingegen bietet nur Platz für rational-technische, emotionsfreie Sachverhalte. Emotionale Aeusserungen sind "unbrauchbar für den Diskurs" (Renn). Sie müssen von psychologischen Fachkräften erst transformiert werden. Den Verlust von Bedeutungskomponenten, die für die Umweltorganisationen fundamental sind, nimmt Renn achselzuckend hin. Der Widerstand gegen Risikoprojekte wird pathologisiert. In einem sehr persönlich gehaltenen Manuskript zum Risikodialog im Aargau lobt Renn die Haltung eines Laienexperten, der einen Mitbürger kühl abwies, als dieser ihn aufforderte, doch die Interessen seines Heimatortes zu vertreten und gegen den betreffenden Standort zu stimmen. Die Antwort des Laienexperten: "Ich bin in erster Linie meiner Kommission verpflichtet; da muss ich meine eigenen Interessen hintanstellen."[3] Die Lebensweltsicht des Mitbürgers wird hier auf egoistische Eigeninteressen reduziert. Das Expertenwissen des Laienexperten hingegen wird als moralisch besonders hochwertig, weil interesselos, hingestellt. Statt sich von den Berufsexperten zu emanzipieren, blicken die Laienexperten zu den Berufsexperten auf und sind schon froh, wenn sie mit ihnen "quasi problemlos kommunizieren" können. Renn stellt Habermas auf den Kopf.

Öffentlichkeit wird eingeschränkt

Ein zweiter Angriff auf das Selbstverständnis der Umweltorganisationen liegt in der Ausblendung der Oeffentlichkeit. Die TeilnehmerInnen am Risikodialog verpflichten sich, auf strategisches Verhalten zu verzichten und die Oeffentlichkeit während des Dialoges auszuklammern. Im Grundlagenpapier zur Konfliktlösungsgruppe Wasserkraft KOWA heisst es beispielsweise: "Ueber die Frage und Form der Orientierung der Oeffentlichkeit entscheiden das EVED bzw. der Bundesrat." Damit wird ein wichtiges Druckmittel aus der Hand gegeben. Zudem wird die öffentliche Mobilisierung aufgrund der komplexen Materie und der langfristigen Ziele erschwert. Der Abbau von Oeffentlichkeit ist wohl für wirtschaftliche Interessengruppen von Vorteil, den Umweltorganisationen raubt er die Legitimation. Der Verlust an Streitkultur führt zudem zu einem Klima, in dem Kritik und Opposition erst recht legitimationspflichtig werden.

Damit überhaupt ein Risikodialog zustande kommt, müssen fundamentale Fragen ausgeblendet werden. Solche Fragen sind Ursachen- bzw. Zielfragen, die meistens zur Konfrontation führen. Mit einem Trick versucht Renn, dieser Gefahr auszuweichen. Er schlägt vor, Positionen in Interessen umzuwandeln. Positionen sind mit Ja-Nein-Standpunkten verknüpft (z.B. für oder gegen AKW). Diese müssen in Interessenfragen umgewandelt werden. Dabei enthalten sich die TeilnehmerInnen einer

Meinung zu grundsätzlichen Positionen, und haben bloss das Interesse, die Gesundheit der Bevölkerung zu erhalten. Die Ursachenfrage wird geschickt ausgeblendet und damit werden die Umweltorganisationen krass benachteiligt. Um beide Parteien im Diskurs gleichzustellen, müssten zumindest während der Gespräche die Atomkraftwerke abgestellt werden. Sonst bleibt es bei einer Scheinkooperation (vgl. Energiefrieden), in der die Atombefürworter den Willen zur Kooperation bloss vortäuschen, tatsächlich aber ihre bisherigen Interessen verfolgen. Die Umweltorganisationen hingegen geben einen Teil ihrer Macht aus der Hand ab.

Konfrontation vor Kooperation

Der Risikodialog ist ein Fremdkörper innerhalb der direkten Demokratie. Neben der Beschneidung des Prinzips Oeffentlichkeit, kommt es auch zum Ersatz von Mehrheitsentscheidungen. Das direktdemokratische Verfahren ist dem kooperativen Diskurs überlegen, weil es Probleme umfassender diskutiert und abbildet. In Abstimmungen durch alle Betroffenen kommen nicht nur einseitig expertengeleitete Bewertungen zum Ausdruck, sondern auch Aussagen über das gute Leben, das Wohlbefinden und die Lebensqualität. Alles Werte, die zur Diskussion um einen veränderten Lebensstil gehören und für die Umweltbewegung von zentraler Bedeutung sind.

Die Ausblendung der Ursachenfrage, die Einschränkung der Oeffentlichkeit und die Manipulation der Lebenswelt gehören zu den strukturellen Vorbedingungen des Risikodialogs. Noch vor jedem Dialog stehen die Zeichen schon auf Konsens. Die TeilnehmerInnen sollen möglichst keine Position ergreifen. Der Ausdruck "kooperativer Diskurs" ist deshalb irreführend. Der Diskursethiker Peter Ulrich ist klar der Meinung, dass es in einem Diskurs gerade darauf ankommt, "begründet Partei zu ergreifen - um was sollte es auch sonst gehen?"[4] Der reale Diskurs ist einerseits bestimmt von Konfrontation (Macht, Interessen, Drohungen, Strategien), andererseits von Kooperation (Vernunft, Argumente, Konsenswillen). Gegenüber den Behörden und Projektanten ist in der ersten Phase ein konfrontativ-strategischer Stil gefragt, gegenüber der Oeffentlichkeit ein kooperativ-argumentierender. Der so aufgebaute Druck begünstigt erfolgreiche Verhandlungen mit den Projektanten oder, bei grundsätzlicher Ablehnung, die Verhinderung eines Projekts. Für Verhandlungen gilt am ehesten der Begriff der Zwangskooperation. Das einzig Kooperative daran ist die Suche nach dem Kompromiss, alles andere ist Interessenvertretung. Nicht Argumente zählen dann, sondern Macht und Drohung. Machiavelli lässt grüssen!

Literatur:

1) Ortwin Renn, Konfliktbewältigung durch Kooperation in der Umweltpolitik, in: oikos (Hg.), Kooperation für die Umwelt, Chur/Zürich 1994, 11-52.
2) Jürgen Habermas, Die Moderne - ein unvollendetes Projekt, in: ders., Kleine politische Schriften I-IV, Frankfurt a.M. 1981, 444-464.
3) Ortwin Renn, Das Aargau Projekt: Bürgerbeteiligung aus der Sicht des Prozessbetreuers. Manuskript für den innern Beirat des Polyprojektes, Stuttgart 4. Februar 1994.
4) Peter Ulrich/Ulrich Thielemann, Einschätzung des Risikodialogs, Brief vom 19. April 1994.

In der Leukämie-Abteilung des Moskauer Kinderspitals im Juli 1993. Foto: Keystone